

fightme

Deutschland braucht ein House of Lords!

von Fabio Stark

August 2018

Alexis Marquis de Tocqueville. Ein Mann, dessen Werke gerade dieser Tage jedem mündigen Mitbürger zu empfehlen sind. Der gebürtige französische Aristokrat und Vordenker des Liberalismus untersuchte 1835 in seinem legendären ‚Über die Demokratie in Amerika‘ meisterhaft die Grundzüge der erstarkenden amerikanischen Republik, den Liberalismus, die Anfänge der Demokratie, und ihre Wechselwirkungen mit Religion und Reaktionsmus- und sah ganz nebenbei nicht nur den globalen Siegeszug des demokratischen Systems voraus, sondern auch den Kalten Krieg: „Es gibt in dieser Zeit zwei große Nationen in der Welt, die von verschiedenen Ausgangspunkten sich dem gleichen Ziel entgegenbewegen. Ich spiele auf die Amerikaner und die Russen an. (...) Das prinzipielle Instrument der ersteren ist die Freiheit; das der zweiten die Knechtschaft. Ihr Ausgangspunkt ist verschieden, und ihre Wege sind nicht dieselben; doch jeder scheint durch den Willen des Himmels dazu bestimmt, die Geschicke des halben Erdballs zu beherrschen.“¹

Der Genius der jungen Politologie verfügte nicht nur über bemerkenswerte analytische und nahezu prophetische Fähigkeiten, er gilt auch als Begründer der modernen vergleichenden Politikwissenschaft. Trotz alledem- großer Beliebtheit erfreut er sich hierzulande bis heute nicht. Der Grund: Tocqueville war kein uneingeschränkt überzeugter Demokrat. Er prophezeite neben vielen Entwicklungen, die tatsächlich eintreten sollten, noch eine bislang unerfüllte: Den Untergang der Demokratie. Durch sich selbst. Stichwort Ochlokratie: Die Diktatur der Mehrheit. Ein bedauernswert unbekannter, und auch unpopulärer Begriff in Deutschland.

Schlüssig und gerade aus historischer Perspektive mehr als begründet, warnt der Wahlamerikaner vor einer ungezügelten Herrschaft der archaischen, unberechenbaren und durch Populismus so leicht manipulierbaren Masse. Eine Herrschaft ohne die Grenzen des Minderheitenschutzes, der individualistischen Grundrechte- und eines institutionellen Gegengewichts. Kurz: Eine Form des Faschismus.²

Ich will nun explizit auf letzteren Aspekt des institutionellen Gegengewichts eingehen. Es ist vollkommen selbstverständlich, dass dies nur ein kleiner Versuch darstellen kann, die Gefahren der Demokratie durch sich selbst mit sich selbst einzudämmen. Und schon gar nicht will ich Tocquevilles umfassende (vorrangig soziologischen) Betrachtungen auf einen staatsorganisatorischen Aspekt herunterbrechen. Fest steht aber, dass dieser gerade in Deutschland nahezu vollkommen ausgeblendet wird. Hat man in Großbritannien unter Cromwell und seiner Diktatur des House of Commons 1649 und in Frankreich im Zuge des postrevolutionären ‚Grande Terreur‘ 1790 durchaus Erfahrungen mit enthemmten Mehrheiten und ihren ‚Volksvertretern‘ machen dürfen, bleibt diese Erinnerung dem kollektiven Bewusstsein der Deutschen - trotz 1933 - fern.

Es muss nicht betont werden, dass Projektionsfläche und Durchsetzungsmittel alles Mehrheitswillens das klassische gewählte Parlament darstellt: In ihm bündeln sich alle dominanten gesellschaftlichen Strömungen, Stimmungen und Bedürfnisse, wie auch alle Ressentiments, Populismen und Herrschaftsbestrebungen. Das mehrheitsbasierte Parlament verkörpert Fluch und Segen einer jeden Demokratie zugleich.

In Deutschland besitzt dieses Verfassungsorgan ein besonderes, bedenklich zentralisiertes Gewicht: Abgesehen davon, dass ihm - nach dem Staatsvolk, als dessen unmittelbarer Repräsentant - in Art. 20 und 38 des Grundgesetzes die höchste Gesetzgebungs- und Kontrollfunktion zugesprochen wird, rekrutiert sich auch die Spitze der Exekutive, die Bundesregierung samt Regierungschef, unmittelbar aus dem Parlament, und spiegelt somit die Machtverhältnisse des Bundestags wieder. Da auch die Verfassungsgerichtsbarkeit parlamentarisch gewählt wird (vgl. Art. 94 I 2 GG), zeigt sich deutlich: von einer klassischen Gewaltenteilung im Sinne der Checks & Balances kann somit nicht die Rede sein.³

Betrachtet man die momentane politische Entwicklung in Deutschland, wird schnell erkennbar, dass jede gefährliche Strömung in der Gesellschaft über das zentralisierte Parlament ohne Mühen auch in die höchste Verwaltung bis in die Judikative vordringen kann. Jeglicher Populismus- und sei er auch noch so spontan und kurzfristig- hat somit die Chance, auf direktem Wege den gesamten Staatsapparat zu infiltrieren.

Anderswo hat man dem Sorge getragen: In den USA, Frankreich, aber auch Österreich beispielsweise hält der Präsident eine besondere Machtposition inne, in steter wechselseitiger Kontrollposition und Unabhängigkeit gegenüber dem Gesetzgeber: Veto- und Zurückweisungsrechte, in manchen Ländern sogar Zwangsaufösungen sind hierfür als Mittel des Staatsoberhauptes vorgesehen, um die Legislative ihrerseits in ihren Grenzen zu halten.⁴

Kein unriskantes Konstrukt, wenn man bedenkt, zu welch fatalen Konsequenzen die Bündelung von Macht auf eine Person in der Geschichte geführt hat. Nicht nur aufgrund der ständigen Missbrauchsgefahr; wird das Weiße Haus in innenpolitischen Angelegenheiten ja noch durch einen klugen Föderalismus entlastet, zeigt sich im zentralistischen Frankreich der V. Republik regelmäßig die administrative Überforderung des Elyseepalasts ob eines für eine derart kleine Behörde nicht mehr überschaubaren Verantwortungsbereichs.⁵

Großbritannien bietet eine andere Möglichkeit- Eine ungewählte Expertenkommission: Das House of Lords.

Das britische Oberhaus durchlief in den vergangenen hundert Jahren eine eher traurige Geschichte: seit 1911 jeglicher Mitentscheidungsrechte beraubt, erfreut es sich selbst heute in seiner fast ausschließlich beratenden Funktion keiner sonderlich großen Beliebtheit: Die Labour Party verkündet regelmäßig, bei der nächsten

Regierungsübernahme das House of Lords gänzlich abschaffen zu wollen und durch eine Föderalkammer nach Vorbild des deutschen Bundesrats oder des US House of Representatives zu ersetzen. Man wirft dem Gremium vor, überwiegend aus ehemaligen Berufspolitikern zu bestehen, insgesamt zu alt, zu wohlhabend und zu häufig in London und Südostengland ansässig zu sein.⁶ In 2015 stimmten in einer Umfrage des Independent gerade einmal 10% der britischen Bevölkerung für den Erhalt der ungewählten Kammer.⁷ Dabei hat sich seit dem frühen 20. Jahrhundert eigentlich viel getan: Seit dem Life Peerage Act 1958 und Tony Blairs House of Lords Act 1999 handelt es sich bei den Members of the House nur noch zu einem kleinen Teil aus antiquiertem Erbadel, den Hereditary Peers. Der absolute Großteil besteht aus Life Peers, geadelten Bürgerlichen, welche von der Monarchin- dem Vorsatz nach aufgrund herausragender Leistungen in der Gesellschaft- auf Lebenszeit ernannt werden. Im Sinne der Rechtstradition sollen sich hier die Spitzen aus Wissenschaft, Kunst & Kultur, Literatur, Wirtschaft aber auch Sport & Unterhaltung zusammenfinden, um ihre erworbene Kompetenz in konsultierender Weise dem Gesetzgeber und damit dem Staatswohl zur Verfügung zu stellen.

Diese Ernennung jedoch ist in der Tat mehr als fragwürdig: Die Krone ernennt, wen der amtierende Prime Minister vorschlägt. Sittenhalber ist es auch dem Opposition Leader erlaubt, einige Kandidaten vorzuschlagen- um das politische Gleichgewicht auch im Oberhaus garantieren zu können. In anderen Worten: Die Machtverhältnisse des House of Commons, eben jener Kammer, zu dessen Kontrolle eine zweite erhalten werden sollte, bestimmen diese des House of Lords. Ein reichlich verfehltes Konzept: Die faktischen Defizite des Oberhauses, die im oben zitierten Bericht der Electoral Reform Society aufgeführt werden, überraschen so nur noch kaum.

Dabei gibt es seit 2000 eine Institution, die den eigentlichen Sinn der politischen Adellung gewährleisten könnte- und auch sollte: Die House of Lords Appointment Commission, ihrerseits aus den erfahrensten Mitgliedern der Kammer bestückt und gewählt, hat nicht nur die Aufgabe, einige wenige auf unmittelbarem Wege zu ehrenwerten Mitgliedern ihres Hauses zu machen- sie soll die vorgeschlagenen Kandidaten auf ihre Tauglichkeit hin überprüfen. Diese richtet sich, der offiziellen Präsentation des Gremiums selbst, nach: nachweisbaren Erfolgen in ihrem Leben, der Fähigkeit, einen messbaren Beitrag zur Arbeit des House of Lords zu leisten, der Möglichkeit, Zeit für die Arbeit im House of Lords bereitzustellen, dem grundsätzlichen Verständnis der Verfassung und der Rolle des House of Lords, Integrität und Unabhängigkeit, einem untadeligen Leben in der Öffentlichkeit, der Unabhängigkeit von jeder politischen Partei.

Man stelle sich nun folgendes vor: Deutschland hätte eine dritte parlamentarische Kammer. Eine kleinere, im Einfluss dem Bundesrat vergleichbare, bestehend aus Wissenschaftlern, erfahrenen Diplomaten, den besten Historikern, Soziologen und Ökonomen der Nation, Nobelpreisträgern- aus Menschen, die sich nicht durch einen effektiven Wahlkampf, durch das Adaptieren an temporäre gesellschaftliche Strömungen, dem Fraktionszwang oder gelegentlich gar durch Augenwischerei und Taktieren auszeichnen- sondern durch Leistung, fundierte Kompetenz und Expertise. Eine Kammer, die nicht den Anspruch erhebt, jeden Volkswillen, und sei er noch so kurzfristig, gefährlich oder schädlich, zu vertreten- sondern klug, durchdacht, politisch unabhängig und nach bestem Willen rational zu urteilen. Ein Haus, das Fakten sprechen lässt, und sie nicht zu dispositiven Meinungen erklärt. Ein Haus der Vernunft.

Wäre dies nicht ein gelungeneres Gegengewicht zu dominanten populistischen Bewegungen im ‚postfaktischen‘ Zeitalter,

entartendem Parlamentarismus und der ewig geforderten direkten Demokratie, als ein einzelnes, ebenfalls gewähltes und somit alles andere als freies Staatsoberhaupt? Würde es nicht eine wichtige und dringend nötige standhafte Opposition zu allen antipluralistischen, reaktionären und zum Teil regelrecht faschistoiden Trends dieser Tage darstellen? Wäre es nicht fabelhaft, die Leistungsträger des Landes mit in die gesellschaftliche Verantwortung zu ziehen, ihre Erfahrung und ihr Können zu einem wertvollen Allgemeingut zu machen? Könnte die einflussreiche Stimme der Wissenschaft nicht unsere Grundwerte der Aufklärung, des Humanismus und des Liberalismus effektiv verteidigen?

Und wäre dieses nichtgewählte Oberhaus tatsächlich undemokratisch- oder würde sie nicht viel eher ihren Erhalt befördern?

Man sollte Tocqueville ernst nehmen. Wir brauchen eine Mauer gegen den selbstzerstörerischen Herrschaftsdrang dominanter antipluralistischer Strömungen innerhalb der Bevölkerung. Dafür bedarf es weder Volksabstimmungen noch ‚starker Anführer‘ – sondern einer mit Kompetenzen ausgestatteten, hörbaren und verantwortungsbewussten akademischen Elite.

- ¹ Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika, in: DIE ZEIT Nr. 01/1983 abrufbar unter: <https://www.zeit.de/1983/01/ueber-die-demokratie-in-amerika/komplettansicht> (Zugriff: 13.08.2018).
- ² Vormweg, Über die Gefährdung der Demokratie, in: Deutschlandfunk Kultur https://www.deutschlandfunkkultur.de/ueber-die-gefaehrung-der-freiheit-in-der-demokratie.984.de.html?dram%3Aarticle_id=153281&fbclid=IwAR3e5D_xzcBtUmuqY1_yfZ2eL0eckRS14ycw15dv0TNjY6KmGNX72Xy20 (Zugriff: 13.08.2018).
- ³ Schütt-Wetschky, Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Parlamentarismus (APuZ 28/2000), abrufbar unter: <http://www.bpb.de/apuz/25526/gewaltenteilung-zwischen-legislative-und-exekutive?p=all> (Zugriff: 13.08.2018); siehe auch: <http://www.gewaltenteilung.de/?fbclid=IwAR32pHQH68uzSqd-SYFFTQPEpz-Hmlwy-p6kjWxKRabCVI98elgdRWFRMXPM#4> (Zugriff: 13.08.2018).
- ⁴ Vgl. Rechtslexikon Präsidialdemokratie <http://www.rechtslexikon.net/d/pr%C3%A4sidialdemokratie/pr%C3%A4sidialdemokratie.htm?fbclid=IwAR2WVPo6398xVCMDpl-gol81Ekca2r0-Eyl6G83ZI7XJ14Scy4QRtTrDz2el> (Zugriff: 13.08.2018); Bundespräsident (Österreich) – Wikipedia DE [https://de.wikipedia.org/wiki/Bundespr%C3%A4sident_\(%C3%96sterreich\)?fbclid=IwAR33K1V-5GAGJT09dRO-eAUZ2ZEFzQ46reTq3NF-pR9oYAb-fvXNgbZ0vlyw0#Auf%C3%B6sung_des_Nationalrats](https://de.wikipedia.org/wiki/Bundespr%C3%A4sident_(%C3%96sterreich)?fbclid=IwAR33K1V-5GAGJT09dRO-eAUZ2ZEFzQ46reTq3NF-pR9oYAb-fvXNgbZ0vlyw0#Auf%C3%B6sung_des_Nationalrats) (Zugriff: 13.08.2018).
- ⁵ Schmitt, Paris und die französische Wüste, in: universitas 01 / 2017/18, abrufbar unter: <https://www3.unifr.ch/universitas/de/ausgaben/2017-2018/la-france/paris-und-die-franz%C3%B6sische-w%C3%BCste.html?fbclid=IwAR1ShyKYaYH--WvWBQnvYIIL39EGEv34pdHTER-JRk137KvyGYyHgZel5ZXc> (Zugriff: 13.01.2018).
- ⁶ Electoral Reform Society, House of Lords Fact vs. Fiction https://www.electoral-reform.org.uk/wp-content/uploads/2017/06/House-of-Lords-Fact-Vs-Fiction-Report.pdf?fbclid=IwAR1qpVqFaoCd_N7w8zftvmhR2le80WO4K0EN16dTyGZJlk-bRE7F1_66h2tl (Zugriff: 13.08.2018).
- ⁷ Stone Only 10 per cent of people want to keep an unelected House of Lords https://www.independent.co.uk/news/uk/politics/only-10-per-cent-of-people-want-to-keep-an-unelected-house-of-lords-a6712231.html?fbclid=IwAR1XoV1zAqh_Ax-e3CN4Udo6BFAi-thhH4Mbz0i5HN0sPdGfei3vU5d-uic (Zugriff: 13.08.2018).

